

Protest-, Aktions- und Trauertag

21. Juli 2016 „Internationaler Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher“

Schirmherrschaft: Jugendrichter Andreas Müller

Zahl der Drogentoten weiter gestiegen. Jetzt handeln!

Bereits im dritten Jahr in Folge musste in Deutschland auch für 2015 ein Anstieg der Zahl verstorbener Drogengebraucher verzeichnet werden, diesmal um 19 %. Der Begriff „Drogentote“ passt hier wenig, denn diese Menschen starben im Wesentlichen aufgrund einer verfehlten Drogenpolitik. In Bayern etwa starben, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, wieder deutlich mehr Drogengebraucher als in NRW, wo die Zahl im dritten Jahr in Folge sogar sank. Klar ersichtlich:

Bayern setzt weiterhin in erster Linie auf Verbote und Strafverfolgung, NRW hingegen setzt daneben auf die Umsetzung des politischen Bekenntnisses zu Substitution, Konsumräumen und anderen realitätsnahen Hilfsangeboten.

So erfährt etwa die JES Drogenselbsthilfe von der Landesregierung in NRW im Rahmen des Projekts „JES NRW 2.0“ finanzielle Förderung.

Wir fordern daher eine konsequente Umsetzung dieses Weges auch außerhalb NRW:

- * Die Erfüllung des Versorgungsauftrags durch **flächendeckende Substitutionsangebote**.
- * Eine **freie Wahl** der zugelassenen Substitutionsmittel.
- * Mehr Möglichkeiten zur Originalstoff-Vergabe, also ein besserer Zugang zum ärztlich verordneten **Diamorphin/Heroin auf Krankenschein**.
- * Die Rolle des Strafrechts bei der Substitutionsbehandlung ist zu überdenken, um eine **bessere rechtliche Absicherung** der - noch immer viel zu wenigen - substituierenden Mediziner, aber auch der Patienten zu erreichen.
- * Insgesamt ist die Substitutionsbehandlung sukzessive in eine **normale Form der ärztlichen Therapie** zu wandeln, mit Ausnahmeregelungen nur für kritische Fälle und Situationen. Also keine automatische Stigmatisierung und Ausgrenzung mehr als Patient mit Sonderstatus!
- * **Drogenkonsumräume** sollten in allen großen Städten des Landes eingerichtet sein, auch in Bayern und Baden-Württemberg! In einem geschützten Rahmen konsumiert es sich insgesamt sehr viel sicherer. Zudem wird der öffentliche Raum entlastet. Warum eine seit Jahren Grün geführte Regierung in Baden-Württemberg diesbezüglich noch immer nicht gehandelt hat, lässt sich aus unserer Sicht nicht nachvollziehen.
- * Die gesetzliche Möglichkeit zum **Drugchecking**, also ein Test illegalisierter Substanzen auf gefährliche Verunreinigungen, wäre für uns ebenso wichtig wie ein leichter Zugang zum lebensrettenden Medikament **Naloxon**, dem üblichen medizinischen **Gegenmittel** (Antagonisten) von Opiaten. Denn bei den meisten dieser Todesfälle spielt noch immer Opiat eine tragische Rolle.
Naloxon ist medizinisch unbedenklich, eine missbräuchliche Verwendung scheidet also aus. Dieses im Notfall zudem einfach wie ein Nasenspray zu verwendende Medikament gehört daher in die Tasche eines jeden Drogengebrauchers, um bei Opiat-Überdosierung **Leben zu retten**.

Der entscheidende Hebel zur Beseitigung des Drogenelends scheint uns jedoch eine grundsätzliche Überprüfung des geltenden BtmG (Betäubungsmittel Gesetz) zu sein. Eine **Legalisierung** heute noch illegal gestellter Substanzen durch die Übernahme staatlicher Kontrolle mit schützenden Auflagen **ist für uns unabdingbar**.